

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner MSc, Mag. Jörg Leichtfried,
Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Kindern aus Moria Schutz und Hoffnung geben**

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 4 Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Sozialbericht 2019 der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (III-77/260 d.B.)

Im Sozialbericht 2019 (III-77 der Beilagen) wird in einem eigenen Kapitel auf die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verwiesen, die zur Bekämpfung der Armut weltweit bis 2030 führen soll.

Die Bekämpfung der Armut wurde auch im Regierungsprogramm der Bundesregierung zum Ziel erklärt. Ein besonderes Augenmerk legt die Bundesregierung auf die Bekämpfung von Kinderarmut“, heißt es etwa auf Seite 235 des Regierungsübereinkommens. Der Schutz der Menschenrechte wird ebenfalls betont, so wird dieser beispielsweise zu „einem integralen Bestandteil der österreichischen Außenpolitik“ erklärt. Besonders hervorgehoben wird das humanitäre Engagement Österreichs.

Die humanitäre Katastrophe, die durch die Brände im griechischen Flüchtlingslager Moria entstanden ist und fast 13.000 Menschen, darunter sehr viele Kinder, obdachlos gemacht hat, erschüttern die die Weltöffentlichkeit. Moria ist eine Schande und offenbart die Feigheit und Kleingeistigkeit einiger europäischer Regierungen, Kinder in Elend zurückzulassen, statt für rasche Hilfe und Lösungen zu sorgen.

In Österreich hat es quer über die Parteigrenzen hinweg Angebote von BürgermeisterInnen von Städten und Gemeinden gegeben, Kinder aus Moria aufzunehmen. Da es ein Gebot von Menschlichkeit und Anstand ist, zu helfen, stellen die unterzeichneten Abgeordneten nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bunderegierung wird ersucht, gemeinsam mit Griechenland und den anderen Mitgliedstaaten der EU die erforderlichen Schritte zu setzen, die eine menschenwürdige Unterbringung der Asylwerber aus Moria und rasche humanitäre Hilfe sicherstellen.

In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung ersucht, die Aufnahme von Kindern und unbegleiteten Minderjährigen aus den griechischen Flüchtlingslagern als humanitäre Notmaßnahme zu ermöglichen und dies mit den europäischen Partnern zu koordinieren. Die Bundesregierung kann sich dabei auf die Aufnahmebereitschaft und Initiativen zahlreicher Bundesländer und Gemeinden stützen.“



